DER LANDRAT

Geschäftsbereich: 51	DRUCKSACHE	
Az.: 51.4	lfd. Nr.	Jahr
Datum: 24.10.2019	147	2019

Vorlage

		Zutreffendes ankreuzen ☒				
an (zutreffenden Ausschuss einsetzen und ankreuzen)	Sitzungstag	öffent- lich	nicht- öffentlich	Beschlussvorschlag		
				ange- nommen	abgelehnt	geändert
☒ Jugendhilfeausschuss	14.11.2019	☒	☐			
☐		☐	☐			
☒ Kreisausschuss	29.11.2019		☐			
☐ Kreistag		☐	☐			
☐ Die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention wurden berücksichtigt:		☐ ja ☐ nein ☒ entfällt				

Verantwortlichkeit (Ordnungsziffer der Org.-einheit/Sichtvermerk):				Geschäftsbereich	
Gefertigt:	Beteiligt:			Landrat	
51.4	51			In Vertretung	
				EKR	
				zur Beschlussausführung.	
				(Handzeichen)	

Betreff:

Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe im Landkreis Helmstedt
hier: 2. Änderungsvereinbarung

Beschlussvorschlag:

Die Änderungen zur Finanzierung von Kindertagesstätten im Rahmen der aktuell gültigen Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe im Landkreis Helmstedt werden zur Kenntnis genommen und dem Abschluss der Vereinbarung wird zugestimmt.

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	Ifd. Nr. 147	Jahr 2019

Sachdarstellung, Begründung, ggf. finanzielle Auswirkungen:

5 Der Landkreis und seine Kommunen regeln mit dieser Vereinbarung die Mitfinanzierung der Investitionskosten und der Betriebskosten der Kindertagesstätten auf der Grundlage der Finanzhilfebescheide des Landes sowie die Bezuschussung der Ganztagsgrund-

10 schulen durch den Landkreis ab dem 01.01.2017 (vgl. Drs. Nr.: 105/2017).
Aufgrund der Neufassung der §§16a und 16b des Niedersächsischen Gesetzes über Ta-
geseinrichtungen für Kinder (KiTaG) zum 01.08.2018 (Entfall der Elternbeiträge bei Kin-
15 dern Ü3) änderte sich die Geschäftsgrundlage der Vereinbarung in Bezug auf §3 „Finanz-
10 zierung von Kindertageseinrichtungen“. Auf der Grundlage des §11 Abs. (3) „Schlussbe-
stimmungen, Inkrafttreten“ der Vereinbarung wird die Mitfinanzierung der Betriebskosten
der Kindertagesstätten ab Vollendung des 3. Lebensjahres bis zur Einschulung durch
den Landkreis in §3 der geänderten gesetzlichen Grundlage angepasst und tritt rückwir-
15 kend zum 01.08.2018 in Kraft.

Erläuterung der wesentlichen Änderungen:

- 20 1) In der aktuell gültigen Vereinbarung basiert der Kostenzuschuss auf den Finanzhilfe-
bescheiden des Landes. Für die Krippen- und Hortgruppen entspricht der Kostenzu-
schuss wie aktuell vereinbart der Höhe der Finanzhilfe des Landes.
Neu ist, dass die Berechnungsgrundlage für die Kindergartengruppen die tatsächlich
anerkannten Personalkosten gem. KiTaG für die Zuschussgewährung des Landkrei-
ses sind. Diese werden die auf der Grundlage der Finanzhilfebescheide des Landes
berechnet. Die Personalkosten werden dabei prozentual aufgeteilt auf
25 a) die Finanzhilfe des Landes gem. §16b KiTaG,
b) den Zuschuss des Landkreises, und
c) den Eigenanteil der Kommune.

	Finanzhilfe gem. §16b KiTaG	Zuschuss Landkreis	Anteil Kom- mune	Anerkannte Personalkos- ten
2019	55%	35%	10%	= 100%
2020	56%	34%	10%	= 100%
2021	57%	33%	10%	= 100%
2022	58%	32%	10%	= 100%

- 30 2) Die aktuell gültige Vereinbarung wurde ferner in §3 um den Abs. (5) ergänzt der es
ermöglicht, bei notwendig kurzfristig einzurichtenden zeitlich befristeten Übergangs-
lösungen zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung in Tagesein-
richtungen, nach Abstimmung mit dem Landkreis, einen Investitionskostenzuschuss
35 entsprechend Abs. (2) zu beantragen. Dieser Zuschuss wird bei der Bereitstellung
einer ersetzenden neuen Tageseinrichtung im Zuwendungsbescheid berücksichtigt
und in Abzug gebracht.

Hinweis auf die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention:

40 Es handelt sich um eine körperschaftsinterne Regelung. Ziele der UN-Behindertenrechtskonven-
tion sind damit nicht berührt.